



Die Linke. Fraktion im Stadtrat Gera



DIE LINKE. Fraktion
im Stadtrat Gera
Geschäftsstelle
Kornmarkt 12
07545 Gera

Tel.: (03 65) 8 38 15 30

e-mail: die-linke-fraktion@gera.de

PRESSEMITTEILUNG

27.03.2020

Haushaltssperre - kein Zeichen für Sicherheit

Am 23. März 2020 hat Oberbürgermeister Vonarb den Stadtrat über eine Haushaltssperre von 11,5 Millionen Euro in Kenntnis gesetzt.

Dieses Finanzvolumen für „Sonderausgaben zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie“ soll im laufenden Haushaltsjahr in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung (siehe Anlage) einschließlich Investitionen eingespart werden.

„Die Linksfraktion ist nicht nur über die Plötzlichkeit der erlassenen Haushaltssperre verwundert, sondern hat auch ernste Zweifel, ob deren Wirksamkeit und der Botschaft, die damit in die Stadt gesendet wird.“ so der Fraktionsvorsitzende Andreas Schubert. „In Zeiten, wo im Bundestag die Schuldenbremse ausgesetzt und ein Nachtragshaushalt mit zusätzlichen Milliarden auf den Weg gebracht wurde, um Handlungsfähigkeit und Stabilität der staatlichen Strukturen zu vermitteln.

In Gera hingegen kennt man schon Mitte März die Höhe von Sonderausgaben im Rahmen der Corona-Krise und will diese auch gleich im Haushaltsvollzug 2020 alle einsparen? Mit einer solchen Haushaltssperre wächst die Gefahr, dass Unsicherheit gesät wird. Gerade in diesen Zeiten wird aber Vertrauen in Stabilität dringender denn je gebraucht.“ so Andreas Schubert, der auch an die Verantwortung der Stadt für die regionale Wirtschaft (einschließlich Sozialwirtschaft) erinnert.

Daniel Reinhardt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, unterstreicht: „Ich vermisse eine Einbeziehung des Jugendamtes, dessen Teil der Ausschuss ist, zumindest bei einer hauswirtschaftlichen Sperre in Höhe von 1,2 Millionen Euro allein im Jugendamt. Da die überwiegenden Aufgaben im Jugendhilfebereich Pflichtaufgaben sind, gehe ich davon aus, dass die Maßnahmen bei den Träger wie gewohnt weiter finanziert werden, zumal diese Leistungen vertraglich gesichert sind. Die Träger der freien Jugendhilfe arbeiten auch in Zeiten der Krise. Kinder und Jugendliche benötigen verlässliche Partner und Angebote, wenn auch aktuell in anderer Form als gewohnt.“ Daher haben auch die Landesregierung und insbesondere Minister Holter immer wieder betont, dass die Leistungen des Landes weiter fließen, z.B. bei der Jugendpauschale, die 60%ige Landesfinanzierung der Entlohnung von Erzieherinnen oder der Schulsozialarbeit.

Katrin Berthold, Vorsitzende des Sozialausschusses, ergänzt: „Ich erkenne keine Ausgewogenheit der gesperrten Mittel im Haushaltsplan, wenn fast die Hälfte der 11,5 Mio Euro im sozialen Bereich verortet sind, wo doch mit deutlichen Mehrausgaben zu rechnen ist. Mit Blick auf die Freien Träger in der Stadt, die an vielen Stellen gesetzliche Pflichtaufgaben erfüllen, muss unbedingt vermieden werden, dass die Träger in Existenzprobleme geraten. Unsere Trägerlandschaft hat sich bewährt und wird auch in Zukunft gebraucht. Gerade jetzt in Krisenzeiten sind es die Helferberufe, die für alle Menschen über alle Grenzen hinweg da sind, hier gebührt besondere Anerkennung und keine Kürzungen im Alleingang.“

Mit freundlicher Bitte um Veröffentlichung.